

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 83 (2005)
Heft: 1

Artikel: Four more years
Autor: Wälti, Sonja
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341900>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Four More Years

Die ersten Schreiben aus Europa fand ich am Morgen in meiner Inbox. Kurz waren sie diesmal, nicht wie vor vier Jahren. Ich war auch nicht bis in alle Nacht hinein aufgeblieben. Die Stimmung war gedrückt gewesen, die Kommentare verhalten. Zu oft hatte man die NBC und

Sonja Wälti

ABC Sequenzen «...and Florida goes for Bush... for Kerry... for Bush... too close to call... still too close to call» gehört. Zwar hatte mein Mann, der beim Bund arbeitet, um zwei Uhr morgens in schwacher Hoffnung das Radio eingeschaltet; das Erwachen blieb schliesslich ernüchternd, aber nicht unerwartet. Four more years. Unser Kerry-Edwards-Plakat blieb noch ein paar Tage im Fenster unseres Hauses unweit des Kapitols. Unser Sohn freute sich über die überzähligen Kerry-Edwards-Werbeunterlagen, die er nun falten und beschriften durfte. Der diskrete ABB («Anyone But Bush») Aufkleber am Auto unseres Nachbarn, Bundesbeamter bei der US Environmental Protection Agency, hat sich bis heute gehalten. Auch der «Run Against Bush»-Kleber blieb hartnäckig an unserem Jogger-Kinderwagen haften. Die Worte hat man sich gespart. Was soll man auch sagen in einer Stadt, wo ein Grossteil der Bevölkerung beim öffentlichen Dienst oder bei dessen Zulieferern arbeitet, 70% der Bevölkerung nicht weiss ist, das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung knapp 30'000 USD beträgt, 20% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt

und schliesslich 91% das Kerry-Edwards-Ticket in die Urne legten. Als Nicht-Amerikanerin dränge ich mich auch nicht gern auf. Das heisst, ermutigt durch Global-Vote2004.org fühlte ich mich legitimierter als auch schon, meine Meinung kundzutun. Sollten sich nicht alle WeltbürgerInnen an den amerikanischen Wahlen beteiligen können, angesichts der Tatsache, dass die US Aussenpolitik uns alle betrifft? Meine Ansichten waren diesmal auch gefragter, vor und nach den Wahlen.

Checks and Balances

Nicht wenige hatten schon im Anschluss an das Bush vs. Gore Wahldebakel von 2000 mehr über alternative, sprich proportionale, Wahlsysteme wissen wollen. Denn die Teilnahme von Ralf Nader an den Wahlen hatte Gore wichtige Stimmen gekostet. Amerikaner können sich das Leben mit Drittparteien nicht so recht vorstellen, denn Mehrparteiensysteme werden in den USA seit jeher mit Fraktionismus, Extremismus und Destabilisierung gleichgesetzt. Wo bei uns das Mehrparteiensystem zusammen mit der Einbindung wesentlicher Kräfte in der Regierungsbildung für Ausgleich sorgt, schafft das amerikanische System klare Mehrheitsverhältnisse. Der regierenden Mehrheit werden dann aber, ungleich dem Westminstermodell Grossbritanniens, über ein ausgeklügeltes System der Checks and Balances die Flügel gestutzt. So musste Clinton über weite Strecken mit einem mehrheitlich repu-

blikanischen Kongress zurechtkommen. Auch Bush, der formal eine Mehrheit im Kongress hat, kann nicht ungehindert regieren, weil er nicht immer auf seine Parteifreunde zählen kann. Die Republikaner stehen nicht geschlossen hinter dem Präsidenten. Während die meisten seinen fiskalischen Konservatismus schätzen und auch mit der Aussenpolitik mehr oder minder einverstanden sind, können viele seinem von religiöser und moralisierender Gerechtigkeit geprägten Sozialkonservatismus nicht folgen. Man denke an Arnold Schwarzenegger, der Kalifornien, den grössten US Bundesstaat und zugleich einen der grössten Wirtschaftsräume der Welt, regiert.

Und wenn ihn nicht die Abgeordneten aus den eigenen Reihen oder die Opposition am Regieren hindern, so sind es die Gliedstaaten. Deren Vertreter im Senat, ähnlich der Schweizer Ständeräte, verfolgen zwar hauptsächlich parteipolitische Ziele. Wenn es jedoch um finanzpolitische Anliegen geht, so überwiegen oft deren regionale Interessen. So wird Bush Mühe haben, seinen kürzlich lancierten Vorstoss, unbündene Subventionen an Städte und Gemeinden zusammenzukürzen, durchzusetzen. Und schliesslich beschränken mächtige Gruppeninteressen die ungezügelte Handlungsfähigkeit des amerikanischen Präsidenten. Dies vor allem über ihre Einflussnahme im Kongress. Viele Interessengruppen haben auch Rechnungen offen stehen aufgrund ihrer Unterstützung von Bushs Wahlkampagne.

Nahe am politischen Absturz

Trotz vordergründig klarer Mehrheitsverhältnisse kann der amerikanische Präsident also nicht allein regieren. Das «andere Amerika» hat sehr wohl eine Stimme im amerikanischen politischen System. Wer aber ist das «andere Amerika»? Gibt es das noch? Ich argumentiere im Folgenden, dass Bush im Grunde nicht die

Mehrheit der Amerikaner vertritt, sondern vielmehr der Mehrheitsverhältnisse zum Trotz gewählt wurde. In der Tat kam Bush einem politischen Absturz ungeahnt nahe und regiert auch seither mit prekären Mehrheiten. Dies wird aus den Wählerbefindlichkeiten vor und nach den Wahlen ersichtlich, deren Ergründen in den USA lange Tradition hat. Allerdings muss man beim Interpretieren von amerikanischen Wahlanalysen vorsichtig sein. Denn wie das Wahlsystem selbst legen auch sie überproportionales Gewicht auf jene Wählerschaft, die schliesslich den Ausschlag gegeben hat (oder von der man glaubt, dass sie ihn gegeben habe).

Im Rahmen einer Sonderwahlberichterstattung druckte die Washington Post vor den Wahlen ein tägliches Wahlbarometer zur Frage, für wen die Befragten stimmen würden, hätten sie hier und jetzt ihre Wahl abzugeben. So krochen die rote (Bush/Republikaner) und blaue (Kerry/Demokraten) Linie über Wochen, ja Monate, der Zeitachse entlang, mal deutlich zugunsten der roten, mal zugunsten der blauen, mal gleichauf, sich kreuzend und wieder kreuzend. Über weite Zeiten, und je näher die Wahlen rückten, war der Abstand kleiner als die statistische Fehlerquote bei solchen Umfragen.

Als gut ein Jahr vor den Wahlen bei den Demokraten der parteiinterne Wahlkampf eingeläutet wurde, der jeweils in den so genannten Primärwahlen kulminierte, hat kaum jemand mit einer echten Chance der Demokraten gerechnet. Der Präsident trotzte der mangelnden Legitimationsgrundlage und den fehlenden Erfolgen in der Terrorismusbekämpfung sowie in der Wirtschaftspolitik mit ungeahnten Popularitätskurven. Reportagen über die Befindlichkeit der unter der seit 2000 anhaltenden Rezession leidenden «working families» vermittelten wiederholt deren Bereitschaft, den Gürtel zugunsten des Guten und Rechten enger zu schnallen. Es wurde darüber spekuliert, ob Topkandidaten und -kandidatinnen der Demokra-

**Auch Bush,
der formal eine
Mehrheit im
Kongress hat,
kann nicht
ungehindert
regieren.**

Kein demokratischer Kandidat hat je so viele Stimmen auf sich vereinigt wie Kerry.

ten bei einem fast unabwendbaren Wahldebakel überhaupt ins Rennen steigen und es riskieren würden, ihre Wählbarkeit bei kommenden Wahlen aufs Spiel zu setzen. Die KandidatInnen wirkten am Anfang des Primärwahlprozesses auch entsprechend blass und ungeeignet für die nationale Führungsaufgabe, insbesondere da sich die Nation im Krieg befand. Howard Dean gab schliesslich dem heiss umstrittenen und öffentlich sichtbaren internen Auswahlverfahren der Demokraten schärfere Konturen. Die demokratische Wählerschaft setzte aber auf John Kerry, einen versierten Politiker, der sich in Washington auskennt und mit seiner Vietnam-Erfahrung Bush die Stirne bieten konnte.

Knappes Ergebnis

Diese Strategie hat sich ausgezahlt. Denn was man Bush ursprünglich als unbestrittenen Vorteil zuschrieb, nämlich seine von grossen Teilen der Bevölkerung wahrgenommene Führungsstärke im Afghanistan- und im Irakkrieg, wurde ihm mehr und mehr zum Verhängnis. Nachdem Kerry seinen Vize-Kandidaten, John Edwards, aus den Reihen der erfolgreichen demokratischen Kandidatenanwärtern erkoren hatte und zusammen mit ihm in den eigentlichen Präsidentschaftswahlkampf stieg, schmolz Bushs Vorsprung dahin. Edwards war der «Underdog», der Aussenseiter, und verkörperte den amerikanischen Traum, als Arbeitersohn an die Spitze der Nation zu gelangen. Er appellierte erfolgreich an die zahlreichen Verlierer der republikanischen Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Viele hätten ihn gern als den demokratischen Kronfavoriten gesehen, entschieden sich aber für den erfahreneren Kerry in der Rolle des Präsidentschaftsanwärters. In den drei von der Wählerschaft und Wahlanalytikern gleichsam aufmerksam verfolgten Fernsehdebatten punktete Kerry

ganz offensichtlich im Bereich der Aussenpolitik und des Irakkriegs. Je näher die Wahlen rückten, desto nervöser wurden die Republikaner. In den Aufzügen der zahlreichen Verwaltungsgebäude in Washington DC war die Stimmung gespannt. Manch einer in den politisch besetzten Topetagen der Bundesverwaltung zitterte um seine Stelle. Der Ausgang der Wahlen stand in den Sternen. Noch nie kam ein Herausforderer so nah daran, einen Präsidenten in Kriegs- und Krisenzeiten aus dem Sattel zu heben. Kein demokratischer Kandidat hat je so viele Stimmen auf sich vereinigt wie Kerry. Und kein Demokrat vor Kerry hat es geschafft, das republikanische Fundraising zu schlagen.

Gereicht hat es schliesslich nicht. Wie knapp das Ergebnis war, wurde aus den in blaue und rote Felder eingeteilten Übersichtskarten der USA nicht ersichtlich. Schattierungen sind in der Berichterstattung, wie auch im Wahlsystem, nicht üblich. Die grobe Einteilung vertuscht jedoch ausschlaggebendere Brüche in der Wählerschaft als jene zwischen Nordstaaten und Südstaaten oder zwischen «Biblebelt» und laizistischen Küstenstaaten. Dazu gehört der Stadt-Land-Unterschied: Die Städte haben fast ausschliesslich Kerry-Edwards gewählt, das Land Bush. Das in den letzten Jahren unter republikanischer Vorherrschaft in diversen Staaten vollzogene «Redistricting» (Neuzeichnung der Wahlkreise) hat wesentlich dazu beigetragen, dass den urbanen Regionen Stimmen verloren gegangen sind. Die von einigen Wahlanalytikern hervorgehobene religiöse und moralistische Komponente des Wahlausgangs kam ebenfalls durch einen politischen Schachzug zustande. In vielen republikanisch regierten Staaten wurden nämlich am Wahltag auch Referenden zur Frage der eheländlichen Legalisierung von homosexuellen Paaren zur Abstimmung gebracht. Das sollte die Mobilisierung eben dieser Wählerschaft sicherstellen.

Mehrheit auf wackligen Beinen

Den Wahlerfolg Bushs den Südstaaten, dem «Biblebelt» oder den Evangelisten zuzuschreiben ist unrichtig. Keine dieser Kategorien kann genug Stimmen hinter sich vereinen. Vielmehr haben viele verschiedene «Amerikas» Bush gewählt, und dies aus ganz unterschiedlichen Gründen. Auch die Aussenpolitik hat nicht den Ausschlag gegeben. Hiesige PolitologInnen und WahlbeobachterInnen stimmen über ein, dass Bush offensichtlich die Wahl nicht wegen, sondern trotz seiner Aussenpolitik und seiner Politik im Irak gewonnen hat. Was Bush schliesslich geholfen hat, ist, dass er auch unter der gegenüber seiner Aussen- und Irakpolitik mehrheitlich skeptisch gesinnten Wählerschaft auf Zustimmung zählen konnte. Nämlich auf jene Wählerschaft, die Wert auf Integrität, Familienwerte und Charakter legt, welche Bush in der Wahl von 2000 Auftrieb gegeben hat: «He is one of us.» Aber auch hier handelt es sich nicht um eine Mehrheit, sondern bestenfalls um eine ausschlaggebende Minderheit. Eine Reihe von Minderheiten ergaben so im gegenwärtigen politisch-institutionellen Kontext eine Mehrheit. Diese Mehrheit steht auf wackligen Beinen. Dies verdeutlichen die schwankenden und schwindenden Zustimmungsraten, die Bush derzeit geniesst, sowie seine Mühe, den Kongress zu

grundlegenden Reformen zu bewegen. Zu viele hat er in der ersten Legislaturperiode vor den Kopf gestossen.

Soll der Rest der Welt – zusammen mit den vielen» «Amerikas» – nun einfach auf bessere Zeiten hoffen und warten? Das ist nicht nötig, wenn man bereit ist, über den schillernden Bereich der Aussenpolitik und der internationalen Beziehungen hinauszudenken. Die Weltinnenpolitik erfolgt auf vielen Ebenen und über viele Pfade. Internationale Organisationen, Gliedstaaten, Legislativen, nicht-staatliche Organisationen, Firmen und private Auftragnehmer sind gleichsam an der amerikanischen Aussenpolitik beteiligt. Diese Netzwerke und Ressourcen gilt es zu mobilisieren und zu nutzen. Damit aus den «four more years» nicht weitere vier Jahre amerikanischer Weltherrschaft werden.

**Viele verschiedene
«Amerikas» haben
Bush gewählt,
und dies aus ganz
unterschiedlichen
Gründen.**

Sonja Wälti lebt mit ihrer Familie seit 2000 in Washington DC. Sie unterrichtet als Visiting Assistant Professor am Public Policy Institute der Universität Georgetown. Sie hat an der Universität Genf Politologie studiert und an der Universität Lausanne in Verwaltungswissenschaft promoviert. Von 1992 bis 1996 war sie SP-Vertreterin im St. Galler Grossen Rat.